

# 8,50 Euro Mindestlohn wäre ein Spitzenwert

Mit dem von der SPD geforderten Mindestlohn läge Deutschland mit Frankreich an der Spitze der Industrieländer. Arbeitsmarktforscher warnen vor höherer Arbeitslosigkeit.

pp/ld. FRANKFURT/BERLIN, 28. Oktober. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro würde Deutschland eine so hohe Hürde in seinen Arbeitsmarkt einziehen wie sonst kaum ein anderes Industrieland auf der Welt. Dies zeigt eine internationale Übersicht, die der Berliner Arbeitsmarktforscher Jochen Kluge von der Humboldt-Universität auf Basis von Lohndaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Duisburger Instituts für Arbeitsmarkt und Qualifikation (IAQ) erstellt hat.

In Deutschland würde demnach ein 8,50-Euro-Mindestlohn bei 62 Prozent des mittleren Lohnes aller Arbeitnehmer liegen. Das wäre ein internationaler Spitzenwert. In Frankreich, dem bisherigen Spitzenreiter, erreicht der gesetzliche Mindestlohn gut 60 Prozent des mittleren Lohnniveaus. Die dortige hohe gesetzliche Mindestlohnhürde wird von vielen Forschern als Ursache für die konstant hohe Jugendarbeitslosigkeit gesehen. In vielen Industrieländern liegt der gesetzliche Mindestlohn hingegen deutlich unter 50 Prozent. Der Mindestlohn in Großbritannien, der von Befürwortern oft als gelungenes Beispiel gelobt wird, beträgt nur knapp 47 Prozent des mittleren Lohnes. In Spanien liegt er bei 44 Prozent, in Japan und in den Vereinigten Staaten bei gut 38 Prozent.

„Deutschland würde sich mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro weltweit ganz weit vorne einreihen“, erklärte der Arbeitsmarktforscher Kluge, der die Berliner Repräsentanz des RWI-Wirtschaftsforschungsinstituts leitet. „Zu glauben, dies würde ohne negative Folgen für den Arbeitsmarkt bleiben, erscheint daher schon sehr naiv“, warnte er. „Die Folge



Von welcher Höhe an vernichtet ein Mindestlohn Arbeitsplätze? Gewerkschaft und SPD wollen 8,50 Euro.

Foto Stefan Boness/ippn

wird ganz sicher mehr Arbeitslosigkeit sein.“ Unter Ökonomen gibt es seit einiger Zeit eine Debatte, was ein Mindestlohnniveau wäre, das keine beschäftigungsschädliche Wirkung hätte. Einige Ökonomen sind überzeugt, dass ein moderater Mindestlohn keine Beschäftigung vernichtet. „Es wäre sinnvoll, wenn sich Deutschland irgendwo vorsichtig in der Mitte der anderen Länder einreicht“, sagte Kluge. „Aber mit 8,50 Euro würde Deutschland gleich so weit an die Spitze vorzupreschen, das erscheint wirklich absurd.“ Kluge warnte von diesem „massiven Eingriff in den Arbeitsmarkt“.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg kritisierte Kluge jedoch für eine Ungenauigkeit in seiner Berechnung. Er habe den mittleren Lohn in Deutschland für alle Beschäftigten, inklusive geringverdienender Minijobber und Teilzeitbeschäftigter, herangezogen. Nehme man wie die OECD nur die Vollzeitbeschäftigten, liege ein Mindestlohn von 8,50 Euro bei knapp 57 Prozent des mittleren Einkommens. „Das ist nicht der absolute Spitzenwert, aber doch ein

## Deutscher Mindestlohn läge vorne

Höhe des Mindestlohnes im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttoverdienst (Anteil in Prozent)

Frankreich	60,1	
<b>Deutschland</b>	<b>56,7</b>	<b>62,0</b>
Portugal	56,5	
Australien	53,6	
Griechenland	51,0	
Belgien	50,3	
Ungarn	49,5	
Irland	47,7	
Niederlande	47,4	
Großbritannien	46,7	
Kanada	45,0	
Polen	44,5	
Spanien	43,9	56,7 nach IAB-Rechnung
Luxemburg	42,0	
Südkorea	41,3	
Japan	38,4	62,0 nach RWI-Rechnung
Vereinigte Staaten	38,3	
Tschechische Republik	34,5	

Quellen: OECD (Daten von 2011), Jochen Kluge, RWI, IAB

F.A.Z.-Grafik Walter

## Maschinenbau hofft auf Wachstum

VDMA: Wir müssen den Chinesen Paroli bieten

hpa. FRANKFURT, 28. Oktober. Die deutschen Maschinenbauer werden ihre Bemühungen verstärken, Geschäfte außerhalb Europas zu machen. Noch seien die hiesigen Unternehmen die Exportweltmeister; jede sechste Maschine oder Komponente, die ausgeführt wird, stammte 2012 aus einem deutschen Betrieb, sagte Reinhold Festge in seiner ersten Pressekonferenz als neuer Präsident des Maschinenbauverbands VDMA am Montag in Frankfurt. Aber China habe sich inzwischen an Japan vorbei auf Rang drei in der Liste der global größten Maschinenexporteure geschoben. „Die Chinesen kommen, aber wir sind stark genug, dagegenhalten zu können“, betonte Festge. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die hiesigen Unternehmen noch stärker mit ihrer Produktion und auch Entwicklung in die Wachstumsländer gehen.

Der Welthandel mit Maschinen sei in diesem Jahr bislang enttäuschend verlaufen, räumte Festge ein. Für 2013 rechnet der Verband daher nur mit einem Zuwachs des Weltmaschinenumsatzes um real 1 Prozent auf etwa 2270 Milliarden Euro. Für 2014 wird dann ein kräftigeres Plus von real 5 Prozent erwartet, unter anderem, weil sich die Geschäfte in China und Amerika, aber auch hierzulande und in anderen europäischen Ländern beleben sollten. Bis Ende August dieses Jahres haben die deutschen Maschinenbauer Anlagen für 98,2 Milliarden Euro ausgeführt, das war ein Rückgang von real 4,3 Prozent. Der Umsatz sank real um 4,1 Prozent auf 130,3 Milliarden Euro. Im kom-

menden Jahr erwartet der VDMA wieder ein reales Produktionsplus von 3 Prozent.

Der Verband wehrt sich gegen weitere Einschränkungen der unternehmerischen Freiheit in Deutschland, zum Beispiel Einschnitte am Arbeitsmarkt. „Wir brauchen Werkverträge dringend, um die großen Schwankungen und Krisen überstehen zu können“, mahnte Festge. Auch erwartet der Maschinenbau von der Politik, dass der Trend zu mehr Protektionismus gestoppt und Handelshemmnisse ab-

ANZEIGE

### Gewerbhallen

konzipieren bauen betreuen.  
[www.goldbeck.de](http://www.goldbeck.de)

**GOLDBECK**

gebaut werden. Ungeachtet der jüngsten Ausspähaffären spricht sich der VDMA für ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten aus. Der Wegfall von Zöllen und Umrüstungskosten im Geschäft mit Amerika könnte mehrere Hundert Millionen Euro im Jahr einsparen, sagte Ulrich Ackermann, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft im VDMA.

## Richter fordern Geld und Personal

Beamtenbund präsentiert „Allianz“ für einen starken Staat

dc. BERLIN, 28. Oktober. Im Deutschen Beamtenbund (DBB) wächst offenbar die Sorge, dass eine große Koalition die Altersversorgung des öffentlichen Dienstes in Frage stellen könnte. Eine „Einkommensrentenversicherung“ sei „kein Beitrag zur Stabilisierung der Alterssicherungssysteme und nicht finanzierbar“, sagte der DBB-Vorsitzende Klaus Dauderstädt am Montag in Berlin. Ebenso entschieden warnte er davor, die Beamtenbeihilfe in der Gesundheitsversorgung durch eine sogenannte Bürgerversicherung abzulösen.

Zusammen mit den Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes (DRB) und des Bundeswehrverbandes, Christoph Frank und Ulrich Kirsch, stellte er einen Zehn-Punkte-Katalog für eine „Kurskorrektur“ im öffentlichen Dienst vor. Nötig seien eine attraktive Bezahlung und mehr Personal, um dem Fachkräftemangel im Staatsdienst zu begegnen. Der DRB-Vorsitzende Frank betonte, dass

dies auch im Interesse von Unternehmen und Bürgern liege. Lange Verfahrensdauern in der Justiz seien „nicht nur ein abstrakter Begriff, sie haben enorme gesamtwirtschaftliche Folgekosten“, sagte er. Tatsächlich fehlten bundesweit mehr als 2000 Richter und Staatsanwälte. Während aber Großkanzleien vielen ihrer Anwälte bereits mehr als doppelt so hohe Gehälter zahlten, müssten Richter und Staatsanwälte etwa in Nordrhein-Westfalen auch noch Nullrunden hinnehmen. So gewinne man erst recht keine Spitzenkräfte.

Die Verbände, die sich als „Staatsallianz“ bezeichnen, fordern vor diesem Hintergrund auch die Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Besoldung. Seit der Verlagerung der Zuständigkeiten auf die Länder vor sieben Jahren hätten sich Gehaltsunterschiede von 20 Prozent entwickelt. Anders als die Gewerkschaft Verdi streitet die Dreierallianz außerdem dafür, das Streikverbot für Beamte beizubehalten.

## Mehr Menschen beziehen Sozialhilfe

dc. BERLIN, 28. Oktober. 342 640 Menschen in Deutschland haben Ende vergangenen Jahres Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen. Das waren laut Statistischem Bundesamt 3,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Seit der Neuordnung der staatlichen Grundsicherung im Zuge der Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt hat sich die Zahl der Bezahler um 70 000 oder 25 Prozent erhöht. Verglichen mit den 6,04 Millionen Beziehern der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) bleibt die Zahl der Sozialhilfebezieher allerdings überschaubar.

Seit 2005 erhalten Erwerbsfähige und ihre Familien Hartz IV anstelle der Sozialhilfe; zuvor hatte es fast 3 Millionen Sozialhilfebezieher gegeben. Nun richtet sich die Sozialhilfe vor allem an Pflegebedürftige und Behinderte, soweit ihnen keine ausreichenden anderen Leistungen zustehen. Allein 67 Prozent der Bezahler leben in Wohn- oder Pflegeheimen. Einen besonders hohen Anteil an Beziehern ermittelten die Statistiker für Hamburg. Dort erhielten 7 von 1000 Einwohnern Sozialhilfe, in Baden-Württemberg nur einer von 1000. Die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt beliefen sich 2011 auf 1,08 Milliarden Euro; alle Grundsicherungsleistungen für nicht Erwerbsfähige zusammen kosteten 23 Milliarden Euro.

## Industrie findet kaum Frauen für Technikberufe

dc. BERLIN, 28. Oktober. Der Mangel an Fachkräften für mathematisch-naturwissenschaftliche Berufe hat in jüngster Zeit rechnerisch leicht abgenommen, er bleibt aber im Bereich der nichtakademischen Qualifikationen bedrohlich groß. Nach einer neuen Hochrechnung des Instituts für deutschen Wirtschaft (IW) werden im Jahr 2020 in den technisch-praktischen Berufen insgesamt 1,4 Millionen Facharbeiter fehlen, falls es nicht gelingt, zusätzliche Arbeitskräfte zu mobilisieren. Allein 1,8 Millionen Facharbeiter müssen bis dahin ersetzt werden, da sie altershalber ausscheiden. Schreibt man die bisherige Entwicklung fort, wachsen aber nur 1,1 Millionen nach. Weitere 700 000 Fachkräfte würden zusätzlich benötigt, um die steigende Nachfrage zu decken.

Anders als in den praktischen Berufen hat sich die Lücke jedoch im Bereich der Akademiker seit der vorangegangenen Erhebung aus dem Frühjahr um ein Drittel auf 104 000 Personen verringert. Diese Größenordnung sei „beherrschbar“, urteilt das IW. Während eine steigende Zahl an Zuwanderern und älteren Arbeitskräften bereits für Entlastung sorgt, fällt es der Industrie jedoch noch schwer, Frauen für technische Berufe zu gewinnen. Sie machten trotz guter Einkommensaussichten nur 7 Prozent der Auszubildenden in diesen Berufen aus, berichtete der Arbeitgeberverband Gesamtmetall.

recht hoher Wert und weit über dem Durchschnitt der Industrieländer“, sagte IAB-Direktor Joachim Möller, der die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns befürwortet. Er hält aber 8,50 Euro für die Ost-Länder für zu hoch, da er dort mehr als ein Viertel aller Arbeitnehmer betreffen würde und somit Beschäftigung gefährden könnte.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD wollen die Unterhändler der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ an diesem Dienstag ihre Fachberatungen aufnehmen. Die Sozialdemokraten haben einen Mindestlohn von einheitlich 8,50 Euro in Ost und West faktisch zu einer Bedingung für eine Koalition gemacht. Spielraum für Zugeständnisse würde es unter diesen Umständen höchstens auf der „Zeitschiene“ geben, also hinsichtlich des Datums, zu dem die 8,50 Euro in der neuen Legislaturperiode verbindlich werden.

Die Union hat der SPD im Grundsatz schon Zustimmung signalisiert. Auch sie strebt mehrheitlich einen flächendeckenden Mindestlohn an. Ihr Wirtschaftsflügel schlägt allerdings Alarm, wenn es um einen flächendeckenden, von der Politik festgelegten Mindestlohn geht. Die Union insgesamt will der geplanten zukünftigen Mindestlohn-Kommission, anders als die SPD, auch regionale und branchenspezifische Differenzierungen der Lohnhöhe erlauben. Der Arbeitsmarktforscher Klaus Zimmermann warnte eindringlich vor den Überlegungen der möglichen Koalitionspartner zum Mindestlohn. „Solche Vereinbarungen sind die Axt am Reformmodell. Sie signalisieren den Verzicht auf eine Vollbeschäftigungsstrategie“, sagte Zimmermann, der Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit in Bonn ist. Er prognostizierte, dass die Arbeitsvermittlung gerade für Problemgruppen noch schwieriger werde.

Eine Schätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) kommt nach Informationen dieser Zeitung zu dem Ergebnis, dass von den derzeit rund 1,3 Millionen Aufstockern mindestens 1 Million auch nach Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro noch den staatlichen Einkommenszuschuss beanspruchen dürfte. Mehr als die Hälfte der Aufstocker hat derzeit nur einen Minijob, nur 340 000 haben eine Vollzeitstelle. Von diesem wiederum haben jedoch viele Familie und deswegen höhere Bedarfssätze. Jeder neunte Aufstocker hat laut IAB heute schon einen Stundenlohn von mehr als 10 Euro.

## Abbau der Arbeitslosigkeit stockt

svs. FRANKFURT, 28. Oktober. Obwohl sich die Konjunkturaussichten im Euroraum etwas aufgehellt haben, werden die meisten Arbeitslosen davon kaum profitieren. Denn ein Rückgang der Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr ist nicht in Sicht. Das geht aus dem neuen Arbeitsmarktbarometer der Bundesagentur für Arbeit hervor. „Es zeichnet sich kein günstiger Trend ab“, sagte Joachim Möller, der Leiter des zur Arbeitsagentur gehörenden Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), während der Vorstellung am Montag in Nürnberg. Die Prognose bezieht sich auf die kommenden drei Monate. Er nannte zwei Gründe für die gedämpften Erwartungen: Zum einen ließen die Effekte der Hartz-Reformen aus, die eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland etablierten. Seitdem gehen neue Reformen wieder in Richtung Regulierung, wie die Koalitionsverhandlungen mit Themen wie dem allgemeinen Mindestlohn sowie der Eindämmung von Befristungen und Zeitarbeit zeigen. Zum anderen lasten aus Möllers Sicht die Folgen der Schuldenkrise im Euroraum auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Das neue IAB-Arbeitsmarktbarometer beruht auf einer regelmäßigen Befragung in allen 156 lokalen Arbeitsagenturen in Deutschland, wie sich der Arbeitsmarkt im kommenden Vierteljahr entwickeln wird. Um ein möglichst genaues Bild von der Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen zu bekommen, werden dafür Saisoneffekte wie die typische Winterarbeitslosigkeit herausgerechnet. Deshalb könne es also durchaus sein, dass einzelne Monatswerte ein anderes Bild vermitteln, sagte Möller. Die Oktober-Statistik wird an diesem Donnerstag vorgestellt.

Das IAB berechnet weiterhin zweimal im Jahr auf Basis der Konjunkturprognosen der Bundesregierung die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Für das Gesamtjahr erwarten die Wissenschaftler zwar mit 42 Millionen so viele Erwerbstätige wie noch nie. Allerdings kommen viele neue Beschäftigte aus dem Ausland oder aus der „stillen Reserve“, etwa Hausfrauen. Unter den rund 2,9 Millionen verbliebenen gemeldeten Arbeitslosen sind laut Arbeitsvermittlern zunehmend viele schwer vermittelbare Fälle.



Mittelstandsbank

Jetzt besser finanzieren!

Mit hoher Beratungskompetenz, die neue Perspektiven öffnet.

So erschließen wir für Sie die ganze Vielfalt an klassischen wie innovativen Finanzierungsformen, damit Ihnen für jedes Vorhaben die optimale Lösung zur Verfügung steht. Auch bei komplexen Herausforderungen und für Ihre Internationalisierung erarbeiten wir gemeinsam mit Ihnen passgenaue Strukturen, die zusätzliche Spielräume schaffen. Dies alles mit hoher Verlässlichkeit, umfangreichem Branchen-Know-how und schnellen Entscheidungen. Damit Sie jetzt besser finanzieren können.

[www.commerzbank.de/mittelstandsfiananzierung](http://www.commerzbank.de/mittelstandsfiananzierung)



**COMMERZBANK**

Die Bank an Ihrer Seite